

Kampagne „Nein heißt Nein“

Bekanntgabe zum Stand der Kampagne „Nein heißt Nein“ am Ende des Finanzierungszeitraumes und zum weiteren Vorgehen

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 05799

1 Anlage

Bekanntgabe in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses vom 03.05.2022 Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht zur beiliegenden Bekanntgabe

Anlass	<ul style="list-style-type: none">• Ende des Finanzierungszeitraumes der Kampagne „Nein heißt Nein“
Inhalt	<ul style="list-style-type: none">• Neukonzeption der Kampagne aufgrund der coronabedingten Schließungen der Bars und Clubs
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	<ul style="list-style-type: none">• Fachstelle Moderation der Nacht (MoNa)
Ortsangabe	-/-

Kampagne Nein heißt Nein

Bekanntgabe zum Stand der Kampagne „Nein heißt Nein“ am Ende des Finanzierungszeitraumes und zum weiteren Vorgehen

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 05799

1 Anlage

Bekanntgabe in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses vom 03.05.2022 Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Zusammenfassung

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 23.11.2017 wurde die Sitzungsvorlage „Nein heißt Nein – Alltägliche Gewalt bis zur Zwangsprostitution“ verabschiedet (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09549). Die Umsetzung der Kampagne für mehr Sicherheit im Münchner Nachtleben sollte im ersten Quartal 2020 mit einer Pressekonferenz der Sozialreferentin eröffnet werden.

Coronabedingt musste dies verschoben werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Bekanntgabe sind die Clubs noch immer nicht wieder geöffnet.

Das Motto der Kampagne „Mehr Sicherheit im Münchner Nachtleben“ weckt mit Corona andere Assoziationen. Bewusstsein gegenüber sexuellen Übergriffen muss anders vermittelt und geschult werden.

Das Sozialreferat plant eine Neukonzeption der Kampagne unter der Federführung der Leitung der Fachstelle Moderation der Nacht (MoNa), um das wichtige Thema den neuen Rahmenbedingungen angemessen vermitteln und schulen zu können.

1 Ausgangslage und Auftrag

Bestandteil der o. g. Beschlussvorlage ist die Kampagne „Nein heißt Nein – auch und erst recht in Münchens Clubs“, basierend auf dem Antrag Nr. 14-20 / A 01793 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 18.02.2016.

Ziel der Kampagne war die Verbesserung des Schutzes von Clubgänger*innen in München vor sexueller Gewalt. Neben dem Thema Sexismus waren auch Diskriminierungserfahrungen von LGBTIQ* zu berücksichtigen, da LGBTIQ*-Feindlichkeit und Sexismus (häufig) Schnittmengen haben, die im Rahmen der Kampagne konstruktiv aufgegriffen werden sollten (siehe Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09549, Kap. 2.1.2.2 und 2.1.2.4).

Umgesetzt werden sollte die Kampagne neben Plakatierungen (u. a. von Bahnhofsmedien) durch Schulung von Clubangestellten (z. B. Servicemitarbeiter*innen, Türsteher*innen u. a.) und Vergabe eines Labels, durch das beteiligte Clubs sichtbar gewesen und ausgezeichnet worden wären.

Eine Planungsgruppe bestehend aus Clubbetreiber*innen, Fachkräften aus Beratungsstellen, Vertreter*innen des Polizeipräsidiums München sowie Mitarbeiter*innen des Kreisverwaltungsreferats (KVR) und des Jugendamtes sowie der Gleichstellungsstelle für Frauen (GSt) und der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* (KGL) erarbeitete ein Konzept zur Umsetzung flankiert von Plakatierungen und Postkarten in S- und U-Bahn (Bahnhofsmedien), Litfaßsäulen sowie Waschräumen der Clubs und Gastro-Betriebe.

Im Anschluss an die Stadtratsentscheidung vom 23.11.2017 wurde seitens der Vergabestelle ein Rahmenvertrag mit einer Agentur geschlossen.

Der für das Frühjahr 2020 durch eine Pressekonferenz geplante Start der Kampagne konnte coronabedingt leider nicht erfolgen, da alle Clubs geschlossen wurden.

Die Fachstelle für Querschnittsaufgaben des Stadtjugendamtes (S-II-L/GIBS) hat seitdem in Abstimmung mit der Agentur die für die Plakataktionen gebuchten Zeitfenster immer wieder verschoben, in der Hoffnung, die Kampagne zu einem späteren Zeitpunkt starten zu können.

Zur Umsetzung der Kampagne Nein heißt Nein gehörte neben der Schulung von Mitarbeiter*innen und Türsteher*innen der Clubs wie beschrieben auch eine flankierende PR-Aktion, für die u. a. Litfaßsäulen, Medien in S- und U-Bahn gebucht wurden. Die für die Umsetzung der Kampagne ab Frühjahr 2020 gebuchten Zeitfenster zur Plakatierung ließen sich bei den Vermarkter*innen und Werbetreibenden nur mit viel Überzeugungsarbeit immer wieder verschieben. Nach knapp zwei Jahren wurde ein letzter Aufschub bis Jahresende 2021 gewährt, danach wäre das gebuchte und bezahlte Zeitfenster verfallen.

Auch der Kontakt zum Sprecher der Münchner Clubs sowie dem für die Schulung der Mitarbeiter*innen der Clubs vorgesehenen Frauennotruf wurde gehalten.

In einem gemeinsamen Telefonat informierte der Sprecher der Münchner Clubs, dass nach der Zeit der coronabedingten Schließung an eine Umsetzung der Kampagne in den Clubs erst ab einem Jahr nach Wiedereröffnung gedacht werden könne.

Um mit Steuergeldern wirtschaftlich und verantwortungsvoll umzugehen, suchte die Fachstelle für Querschnittsaufgaben den Austausch mit der Stelle für bürgerschaftliches Engagement und Konfliktmanagement des Amtes für Wohnen und Migration des Sozialreferates (S-III-L/BEK). Hierzu gehört auch die Fachstelle zur Moderation der Nacht (MoNa).

Während des Sommers verlagerte sich die Clubszene auf den öffentliche Raum in der Stadt. Gemeinsam mit der Fachstelle MoNa wurde entschieden, unabhängig vom Ort (Clubs), die Feiernden für das Thema „Aufklärung und Verhinderung von sexuellen Übergriffen“ im Rahmen einer Plakataktion zu sensibilisieren.

Nach Rücksprache mit der Vergabestelle konnte der Druckauftrag nach Einholung dreier Angebote auf der Grundlage der identischen Leistungsbeschreibung vergeben und über das Nein heißt Nein-Budget abgerechnet werden.

Ein Beispiel der in A3, A1 und auf Postkartengröße verteilten und ausgehängten Plakate ist in der Anlage beigefügt.

2 Überblick Finanzen

Nachfolgend werden die bewilligten, verfügbaren, eingesparten und zurückgeführten Mittel der Kampagne dargestellt.

2.1 Bewilligtes Budget

Gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 23.11.2017 wurde dem in der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09549 dargestellten Finanzierungsbedarf in Höhe von jährlich 30.000 € in den Jahren 2018 bis 2021 für die Kampagne zum Thema „Nein heißt Nein“ zugestimmt.

Der Betrag wurde haushalterisch der Fachstelle für Querschnittsaufgaben des Stadtjugendamtes (S-II-L/GIBS) zugeordnet.

Die nicht benötigten Mittel verblieben im städtischen Haushalt und stehen 2022 dem Sozialreferat nicht mehr zur Verfügung.

2.2 Überblick Kosten der Kampagne

Von den für die Kampagne insgesamt bewilligten 120.000 € wurden ca. 77.500 € ausgegeben.

In den 77.500 € enthalten sind

- die Leistungen der beauftragten Agentur gemäß Vergabe,
- Druckkosten für Plakate und Flyer der Kampagne Nein heißt Nein und
- Druckkosten für Plakate und Flyer der Fachstelle MoNa
(gerichtet an Nachtschwärmer*innen auf öffentlichen Plätzen für Feiern ohne Belästigung oder Diskriminierung und mit Rücksicht auf die Nachbarschaft).

Bestandteil der Leistungen der beauftragten Agentur gemäß Vergabe war auch die Buchung von Werbeflächen in Bereichen von S- und U-Bahn sowie Litfaßsäulen mit ca. 12.000 €.

Für die Nutzung dieser Werbeflächen wurden Zeitfenster vereinbart, in denen die Kampagne mit Plakaten beworben worden wäre. Aufgrund der Schließung von Clubs und Bars wurden diese Zeitfenster von ursprünglich Frühjahr 2020 immer wieder verschoben. Eine Verschiebung über Dezember 2021 hinaus war seitens des Vermarkters nicht möglich.

Durch ämterübergreifende Zusammenarbeit zwischen Stadtjugendamt und dem Amt für Wohnen und Migration konnten die Werbeflächen im Geist der Kampagne „Nein heißt Nein“ genutzt und ein Verfallen der gebuchten Werbeflächen ohne Gegenleistung verhindert werden.

Fazit: Von den insgesamt bewilligten Mitteln wurden ca. 42.500 € nicht verwendet und verblieben im städtischen Haushalt. Zusätzlich konnten 12.000 € nach dem Grundsatz wirtschaftlichen Handelns umgewidmet werden.

3 Ausblick

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Bekanntgabe sind die Clubs noch immer geschlossen. Unabhängig davon ist ungewiss, ab wann in den Clubs Personal für Schulungen freigestellt werden könnte.

Die Kampagne im Jahr 2020 hätte mit Slogans wie „Mehr Sicherheit in Münchner Clubs“ oder „Party statt Angst“ geworben. Diese Aussagen sind im kollektiven Bewusstsein inzwischen mit der Angst vor oder der Sicherheit gegenüber Ansteckung mit dem Coronavirus verknüpft.

Als Titel einer Kampagne zum Schutz vor sexuellen Übergriffen sind diese Slogans daher nicht angebracht.

Der Auftrag aus der Beschlussvorlage „Nein heißt Nein – Alltägliche Gewalt bis zur Zwangsprostitution“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09549) resultierte aus einem Antrag „Nein heißt Nein – auch und erst recht in Münchens Clubs!“ (Antrag Nr. 14-20 / A 01793) der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL.

Der Sozialausschuss vom 26.09.2019 hat mit der Beschlussvorlage „Strategie nächtliches Feiern – Ergebnisse des Dialogprozesses und Maßnahmen für ein attraktives und verträgliches nächtliches Feiern“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15776) das Sozialreferat beauftragt, die Fachstelle Nächtliches Feiern einzurichten und zu besetzen.

In der Beschlussvorlage zum nächtlichen Feiern wird explizit Bezug auf die Beschlussvorlage der Kampagne genommen: Die ursprüngliche Idee für mehr Sicherheit im Nachtleben wird eingebettet in eine Gesamtstrategie zum nächtlichen Feiern mit einer Stelle, die sich der Herausforderungen des Nachtlebens annimmt.

In dieser Konsequenz sieht das Jugendamt seinen Auftrag zur Umsetzung der Kampagne, die unter pandemischen Bedingungen nicht länger sinnhaft realisiert werden kann, als erledigt an und steht in Verantwortung von MoNa gerne unterstützend bei der Neukonzeption einer Kampagne zur Seite.

Die Fachstelle MoNa wird das Thema noch in 2022 in einer Beschlussvorlage in den Stadtrat einbringen. Die geplante Weiterentwicklung der Kampagne soll eingebettet werden in ein Gesamtkonzept u. a. zu den Themen Awareness, Sicherheit, sexualisierte Gewalt, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Rassismus und Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderungen im Nachtleben, dies in enger Abstimmung mit allen tangierten Querschnittsstellen (siehe auch Beschlussvorlage „Strategie nächtliches Feiern“, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15776 vom 26.09.2019).

Im Rahmen der Abstimmung auf Arbeitsebene wird das Vorgehen sowie die Weiterentwicklung des Themas durch die Gleichstellungsstelle für Frauen sowie die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* unterstützt.

Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Bekanntgabe ist mit der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* und der Gleichstellungsstelle für Frauen abgestimmt.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Schreyer, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Odell, der Stadtkämmerei, der Gleichstellungsstelle für Frauen, der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Kinder- und Jugendhilfeausschuss
Sozialausschuss

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl
Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin

III. Abdruck von I. mit II.

über D-II-V/SP

**an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt**

z. K.

IV. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit, S-III-L/IK**

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

An die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*

An das Sozialreferat, Stadtjugendamt, S-II-L/GIBS

An das Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, S-III-L/BEK

z. K.

Am

I. A.